

Sanktionen für Asylsuchende: Taschengeld halbiert bei Integrationsverweigerung!

Vorarlbergs neue Integrationsmaßnahmen: Ab 2025 drohen Kürzungen für Asylsuchende, die Integrationsvereinbarungen verweigern.



Vorarlberg, Österreich - Die Vorarlberger Landesregierung hat einen neuen Entwurf vorgestellt, der Sanktionen für Schutzsuchende vorsieht, die sich weigern, an Integrationsmaßnahmen teilzunehmen. Nach Angaben von **vienna.at** soll das Taschengeld, das derzeit bei 40 Euro pro Monat pro Person liegt, auf 20 Euro halbiert werden, wenn die Betroffenen die „Vorarlberg Kodex“-Integrationsvereinbarung nicht unterzeichnen. Der Entwurf wird in Kürze in Begutachtung geschickt, und die ersten Stimmen aus dem Landtag deuten darauf hin, dass ein Beschluss im Herbst fallen könnte.

Der „Vorarlberg Kodex“ ist seit dem 1. Juni 2024 für alle neu ankommenden Asylwerber verpflichtend. Er sieht nicht nur die Einwilligung zur Teilnahme an Deutsch- und Wertekursen vor, sondern auch die Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit. Unter der vorherigen schwarz-grünen Regierungskoalition wurden die Grundsätze für diesen Kodex festgelegt. Mit dem Partner FPÖ an der Regierungsfront wird nun jedoch die Möglichkeit von Sanktionen eingeführt, um sicherzustellen, dass volle Sozialleistungen nur bei aktiver Teilnahme an Integrationsmaßnahmen gewährt werden.

Sanktionen und die Beteiligung

Erstaunlicherweise haben bis dato 1.060 Asylbewerber den „Vorarlberg Kodex“ unterzeichnet, was einer beeindruckenden Erfüllungsquote von 99,5 Prozent entspricht. Lediglich vier Personen haben sich bisher geweigert, die Vereinbarung zu unterschreiben. Diese hohe Akzeptanz könnte auch daran liegen, dass der Kodex selbst vorerst ohne Sanktionen umgesetzt wird, um die Transparenz und Fairness in der Politik zu fördern ([vorarlberg.orf.at](https://www.vorarlberg.orf.at)).

Der Kodex zielt darauf ab, das Vertrauen in die politischen Institutionen zu stärken. Während die Einführung von Sanktionen einen neuen Kurs darstellt, bleibt die Frage offen, inwiefern diese Maßnahmen tatsächlich zur Integration beitragen können. Eine vollständige Überprüfung und Evaluation der Umsetzung der vereinbarten Regeln ist geplant.

Der Kontext der Migration in Österreich

Österreich hat eine lange Geschichte der Migration, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. In der heutigen Zeit ist Migration ein zentrales Thema der österreichischen Innen- und Außenpolitik, das seit den späten 1980er Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Historisch gesehen war Österreich stets ein Land mit einer hohen ethnischen und kulturellen Vielfalt, was sich in der aktuellen Bevölkerungsstruktur

widerspiegelt. Rund 19% der Bevölkerung sind ausländische Staatsangehörige, und die Migranten machen 13,2% der Wohnbevölkerung aus (**bpb.de**).

Die Gründe für die Zuwanderung sind vielfältig und reichen von der Flucht vor Verfolgung bis hin zu Arbeitsmöglichkeiten und Familienzusammenführung. Besonders bemerkenswert ist der Anstieg der Asylanträge in den letzten Jahren: Im Jahr 2022 wurden in Österreich 112.272 Asylanträge gestellt, was einen weiteren Anstieg der damit verbundenen Herausforderungen für die Integrationspolitik verdeutlicht.

Die bevorstehenden Änderungen in Vorarlberg könnten somit auf eine neue Ära in der Integrationspolitik hindeuten, in der Sanktionen eine zentrale Rolle spielen, um gewünschte Verhaltensweisen zu fördern. Die Frage bleibt, ob diese Maßnahmen langfristig zum Erfolg führen oder eher zu Spannungen in der Gesellschaft beitragen werden.

Details	
Ort	Vorarlberg, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • vorarlberg.orf.at • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at